



Sven Hansen

Blogger verlieren Wettlauf mit Chinas Zensoren

Seit die chinesische Regierung unter dem Vorwand der Bekämpfung von Gerüchten den Boom der populären Mikroblogs beendet hat, sind kritische Stimmen auf einen Messenger-Dienst ausgewichen. Doch der hat weniger politisches Potenzial und wird inzwischen auch eingeschränkt.

„Ich hoffe, mein Verhalten ist eine Warnung für andere, nicht so dumme Sachen zu machen wie ich.“ Mit dieser inszenierten Erklärung reagierte der Pekinger Mikroblogger Qin Zhihui am 17. April 2014 auf seine Verurteilung zu drei Jahren Gefängnis. Ein Bezirksgericht hatte ihn der „üblen Nachrede“, der „Verbreitung von Gerüchten“ und „Unruhestiftung“ für schuldig befunden. Qin war am 22. August letzten Jahres verhaftet worden, als die Behörden eine Kampagne gegen die bis dahin boomenden Mikroblogs starteten – offiziell zur Eindämmung von Gerüchten. Qins Haftstrafe war die erste Verurteilung seit Beginn der Kampagne.

Er soll im Mikroblogging-Dienst Weibo behauptet haben, dass der angeblich selbstlose frühere Modellsoldat Lei Feng in Wirklichkeit ein Leben in Wohlstand führte. Die maoistische Propaganda hatte dem asketischen 21-jährigen Lei nach seinem frühen Unfalltod 1962 unglaubliche Heldentaten angedichtet und zum Vorbild einer Generation erklärt. In einem anderen Mikroblog soll Qin behauptet haben, ein westliches Opfer des Zugunglücks von Wenzhou 2011 sei viel höher entschädigt worden als chinesische Opfer.

Weibo ist die chinesische Version des dort seit 2009 gesperrten Twitter und war bis zur Einschüchterung seiner Nutzer im vergangenen Jahr eine Erfolgsgeschichte.¹ Weibo heißt Mikroblog. Im Chinesischen beinhalten die maximal 140 Zeichen nicht nur 140 Buchstaben wie in lateinischer Schrift bei Twitter, sondern entsprechen so vielen Silben, wenn nicht gar Wörtern. So lässt sich per Weibo ein ganzer Absatz mitteilen und nicht nur ein Satz.

Festnahme von Mikrobloggern

Wie Qin wurden seit dem letzten August nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen mehrere Hundert Mikroblogger festgenommen. Darunter waren auch Journalisten, die im Netz die Korruption von Kadern angeprangert hatten, oder Umweltschützer, die zu Protesten gegen Giftfabriken aufriefen. Besondere Aufmerksamkeit erregte der Fall des reichen Unternehmers mit US-Pass, Charles Xu Biquan. Er wurde im August 2013 in Sträflingskleidung in den Hauptnachrichten des Zentralfernsehens vorgeführt. Dort musste er seine Vergehen – angeblicher Sexualverkehr mit einer Prostituierten sowie die Verbreitung von Gerüchten – gestehen. Viele glauben, Xu war eine Falle gestellt worden.

Denn Xus Verbrechen bestand wohl eher darin, bei Weibo zwölf Mio. Follower gehabt zu haben und so einer der sogenannten „Großen Vs“ gewesen zu sein. Das ist eine Elite von Schauspielern, Geschäftsleuten und Intellektuellen, die unter ihrer wahren Identität („V“ für verifiziert) bloggen und Millionen Follower haben. Weil sie

meinungsführend sein können, wecken sie den Argwohn der allein herrschenden Kommunistischen Partei (KP). „Wer eine Mio. Mikroblogger hat, ist eine überregionale Presse“, heißt es in China.

Außer dem 60-jährigen Xu, der zwar als liberal, aber nicht als Dissident gilt, wurden zu der Zeit noch andere „Große Vs“ festgenommen oder ihre Mikroblogs gesperrt. Xu kam im April 2014 aus gesundheitlichen Gründen frei. Bereits im vergangenen September hatte das der Partei unterstehende Oberste Gericht verkündet, dass drei Jahre in Haft muss, wer per Weibo ein „Gerücht“ verbreitet, das 500 Mal geteilt oder 5.000-fach gelesen wird. Die Definition von Gerüchten ist Sache der Regierung. Schon im August hatte das staatliche Informationsbüro prominente Mikroblogger bei einer Konferenz öffentlich auf die „sieben Grundlinien“ des Internets verpflichtet, ein Treueschwur auf die KP-Herrschaft im Web.

„Das Vorgehen gegen Xu war sehr abschreckend. Es war ein Wendepunkt“, sagt der unter dem Namen Michael Anti bekannte Blogger Zhao Jing. „Seitdem habe ich Weibo nicht mehr genutzt. Wegen ihrer Mikroblogs sitzen inzwischen mehrere meiner persönlichen Freunde im Gefängnis.“

Bis dahin hatte Anti die Beliebtheit der Mikroblogs stets mit der Zensur der offiziellen Medien und mit deren geringer Glaubwürdigkeit erklärt. Journalisten schrieben

»In westlichen Ländern sind Mikroblogs die Sahne, bei uns das Hauptgericht.«

in ihren Blogs, was sie in ihren stärker zensierten offiziellen Medien nicht schreiben konnten. Die Medien ließen auf ihren Webseiten bekannte Personen bloggen, um mehr Leser zu bekommen. „In westlichen Ländern sind Mikroblogs die Sahne, bei uns das Hauptgericht“, so Anti.

Mehr Transparenz und Teilhabe durch Mikroblogs

Oft erfahren Chinesen über Weibo zuerst von Skandalen, die in den traditionellen Medien nicht oder nur verkürzt auftauchen. Mikroblogger haben auch viele Korruptionsfälle aufgedeckt. Per Smartphone kann bei Weibo schnell mitgeteilt, kommentiert und weitergeleitet werden, oft bevor die allgegenwärtige Zensur anspringt. Laut der Medienprofessorin Chan Yuen-ying, Leiterin des China-Medien-Projekts an der University of Hong Kong, erhöht Weibo die Transparenz, vergrößert den Raum für öffentliche Diskurse und Teilhabe. Weibo stärkt die Position der Bürger gegenüber der Regierung und bietet Journalisten eine Fundgrube an Themen und Quellen für Berichte.

Anmerkung:

1

Vgl. Hansen, S.: Mehr Freiräume und Transparenz, aber keine Pressefreiheit. In: tv diskurs, Ausgabe 64, 2/2012

Bisher wurden rund 13 % der Postings in Chinas sozialen Medien zensiert. Laut einer Studie des Harvard-Professors Gary King, dessen Team in der ersten Jahreshälfte 2011 mehr als 11,3 Mio. chinesischer Mikroblogs auswertete, war das Ziel dabei weniger, kritische Meinungen zu unterdrücken als vielmehr solche, die einen mobilisierenden Charakter hatten.

Doch mit der Festnahme von Charles Xu Biquan endete der Weibo-Boom. Anti hält deshalb Kings Studie für überholt. „Das ist eine Momentaufnahme von damals“, so der Blogger. „Heute zielt die Zensur klar auf jede Kritik, die einen jetzt ins Gefängnis bringen kann.“ Sei früher Kritik an Kadern nur diesen zugerechnet worden, werde sie inzwischen als Angriff auf die gesamte Partei gewertet.

Messenger-Dienste schwerer zu zensieren

Viele Mikroblogger haben inzwischen ihre Nutzung von Weibo eingeschränkt. „Ich nutze stattdessen mindestens zwei Stunden am Tag WeChat“, sagt der Journalist Li Xiaoming. Dort habe er 500 Freunde. WeChat, chinesisch Weixin („kleine Nachricht“), ist eine Messenger-App des chinesischen IT-Konzerns Tencent Holdings. Es ähnelt dem westlichen WhatsApp für kostenlose Kurznachrichten an Freunde. Im Unterschied zu WhatsApp bietet es die Möglichkeit, einzelnen Personen oder Organisationen zu folgen und stets alle ihre Messages zu bekommen. Da auch Fotos und Voice Messages gesendet werden können, ist es schwieriger zu zensieren. Insbesondere die Sprachfunktion ist sehr beliebt.

„Weibo ist als große Plattform wie ein Medium, das Millionen Menschen erreichen kann“, erklärt Michael Anti. „WeChat ist dagegen nur ein Medium für den Freundeskreis.“ Li Xiaoming drückt es positiver aus: „Was du bei Weibo heute nicht mehr verbreiten kannst, kannst du bei WeChat noch immer mitteilen.“ Doch ist die Chatfunktion auf maximal 40 Personen beschränkt. Und bei den sogenannten öffentlichen Accounts, die jeder abonnieren kann, darf nur ein Posting pro Tag verbreitet werden.

Weltgrößter Internetmarkt

Die Zahl der Internetnutzer betrug in China zur Jahresmitte 2014 laut dem China Internet Network Information Center (CNNIC) 632 Mio. Das entspricht etwa der Hälfte der Gesamtbevölkerung und ist der größte Internetmarkt der Welt. 83 % der Nutzer haben einen Internetzugang per Smartphone. Das erst seit 2011 existierende WeChat hat 396 Mio. Nutzer, 40 Mio. mehr als zum Jahreswechsel. Die Zahl bei Sina Weibo ging dagegen Ende 2013 gegenüber dem Vorjahr um 9 % auf 281 Mio. zurück. Stärker noch als die Zahl der Nutzer sank die Nutzung.

Doch auch WeChat wird längst zensiert. „Mitte März wurden einige WeChat-Accounts mit politischen und

sozialen Inhalten gelöscht“, berichtet Medienprofessorin Chan. Auch die Chefredakteurin der chinesischen Webseite der „New York Times“, Cao Haili, klagt: „Bei WeChat wurden schon einige unserer Nachrichten zensiert, es ist also auch hier möglich.“ Die chinesische Webseite der „New York Times“ wird innerhalb der Volksrepublik geblockt, seit die Zeitung im Oktober 2012 das Millionenvermögen der Familie des damaligen Ministerpräsidenten Wen Jiabao enthüllte.

Zensurapparat als „Wahrheitsministerium“

Chinas Zensurapparat, im Volksmund „Wahrheitsministerium“ genannt, besteht aus Hunderttausenden staatlichen und kommerziellen Mitarbeitern. Die genaue Zahl ist nicht bekannt. Im Oktober 2013 schrieb die staatliche „Beijing News“ (Xin Jing Bao) von landesweit insgesamt zwei Mio. „Internet Monitoren“, ohne zu deren Tätigkeiten genaue Angaben zu machen. Chinas Zensurapparat kennt folgende Mittel:

1. Die „große chinesische Mauer im Internet“ („Great Firewall“) blockiert den Zugang zu kritischen Webseiten im Ausland. VPN-Software kann solche Blockaden umgehen.
2. Filterprogramme löschen automatisch Blogs, die indizierte Worte enthalten. Das lässt sich mit Umschreibungen (etwa 35. Mai statt 4. Juni) umgehen.
3. Kaum zu umgehen ist die manuelle Zensur, zu der Mikroblogging-Dienste und Provider verpflichtet sind.
4. Publikumswirksame Festnahmen schüchtern Mikroblogger ein und stärken die Selbstzensur.
5. Vom Regime bezahlte Blogger machen Stimmung im Sinne der Partei.
6. Webseitenbetreiber und Provider werden angewiesen, welche Themen und Begriffe „tabu“ und wo „rote Linien“ sind.
7. Regularien schränken die Möglichkeiten zu Recherchen, zur Verbreitung von Informationen und deren Nutzung ein.
8. Zugelassen sind grundsätzlich nur Internetdienste, deren Server in China stehen und damit den Behörden einen Zugriff auf Inhalte und Nutzerkonten ermöglichen.

Michael Anti macht eine Kursänderung unter dem seit November 2012 amtierenden Parteichef Xi Jinping, der im März 2013 auch Staatspräsident wurde, für das Vorgehen gegen die Mikroblogs verantwortlich: „Heute ist die Politik sehr präventiv. Die Regierung wartet nicht mehr, bis etwas passiert, sondern greift durch, bevor überhaupt etwas passieren kann. Deshalb ist von WeChat auch keine politische Dynamik zu erwarten, wie es sie durch Weibo beim Zugangslück von Wenzhou gab.“

Die Katastrophe vom 23. Juli 2011 mit 40 Toten zeigte das politische Potenzial von Weibo. Das Eisenbahnministerium hatte damals gewohnt langsam und intransparent reagiert und ohne weitere Fehlersuche verunglückte Waggons vergraben lassen. Auf Weibo widersprachen Augenzeugen und Experten den offiziellen Erklärungen und trieben die traditionellen Medien zu Recherchen an. Die Regierung wollte dies verbieten, doch die Zensuranweisung wurde geleakt – per Weibo. In einer Woche gab es zum Unglück zehn Mio. Weibo-Kommentare. Schließlich wurden die Waggons wieder ausgegraben, ein Signalfehler als Ursache ermittelt und der Ministeriumssprecher versetzt. Erst als sich der damalige Ministerpräsident persönlich entschuldigt hatte, konnte die Zensur greifen.

»Heute ist die Politik sehr präventiv. Die Regierung wartet nicht mehr, bis etwas passiert, sondern greift durch, bevor überhaupt etwas passieren kann.«

Weibo zeigte den Behörden die Stimmung in der Bevölkerung und unterrichtete zugleich die Zentralregierung in Peking über die Performance der Kader in den Provinzen. So waren die Mikroblogs auch herrschaftsstabilisierend. „Die Funktion ist jetzt verloren, weil niemand sich mehr traut, kritische Gedanken im Netz zu äußern“, meint Michael Anti.

Kampagne für „sauberes Internet“

WeChat ermöglicht dagegen nur eine halb geschützte Kommunikation im kleinen Kreis, eine politische Dynamik wie einst bei Weibo erwartet davon niemand. „Bei WeChat gibt es nicht einmal eine Suchfunktion“, klagt Journalist Li Xiaoming. Trotzdem schränkte die Regierung die Nutzungsmöglichkeiten weiter ein. Ende Mai wurde eine Kampagne für ein „sauberes Internet“ gestartet. Diese zielt auf „Gerüchte“, die per WeChat und damit meist per Handy verbreitet werden. Die offizielle Nachrichtenagentur Xinhua erklärte: „Einige Menschen haben diese Dienste genutzt, um illegale und schädliche Informationen zu verbreiten, die ernsthaft die öffentlichen Interessen und die Ordnung im Cyberspace unterminieren.“ Jetzt werde die „Infiltration feindlicher Kräfte aus dem In- und Ausland“ entschieden zurückgewiesen.

Im Juli wurden dann noch die öffentlichen Accounts beschränkt. Nutzer mussten sich jetzt unter ihren Klarnamen registrieren und dürfen künftig keine als „Staatsgeheimnisse“ oder „unveröffentlichte Informationen“ beschriebenen heiklen Nachrichten mehr verbreiten. Sonst würden ihre Accounts gelöscht. Journalisten müs-

sen entsprechende Erklärungen unterschreiben, andernfalls wird ihnen der Presseausweis verweigert.

Wurden im März bei WeChat die ersten 35 Accounts kritischer Intellektueller gelöscht, waren es im Juni schon mehr als 20 Mio. Nutzerkonten. Die lapidare Begründung lautete, sie wären zur Verbreitung betrügerischer oder pornografischer Inhalte missbraucht worden. Inzwischen dürfen nur noch zugelassene Medien und Webseiten „aktuelle politische Nachrichten“ über öffentliche Konten der Messaging-Dienste verbreiten. Journalisten wurde verboten, sich mit Themen außerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches zu beschäftigen, „unautorisierte Nachrichten“ aus dem Ausland zu verbreiten oder dorthin zu geben. Sie dürfen auch eigene Recherchen nicht mehr außerhalb ihrer offiziellen Medien in eigenen (Mikro-)Blogs oder per WeChat verbreiten.

Die seit August 2013 eingeleiteten Maßnahmen haben die in den letzten Jahren durch Blogs, Mikroblogs und Messaging-Dienste entstandenen Informationsfrei-räume wieder verschlossen. Die Einschränkungen zeigen zugleich, wie weit Journalisten, Aktivisten und Bürger schon aus dem staatlich kontrollierten Mediensystem ausgebrochen waren.

Sven Hansen ist Asien-Redakteur der „tageszeitung“ („taz“) in Berlin.

